NJW Praxis

im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 103

Staatsangehörigkeitsrecht

von

Dr. Bertold Huber

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht a. D.
Frankfurt a. M.

Dr. Maria Gerdes

Rechtsreferendarin, Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Tarik Tabbara, LL.M. (McGill)

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

2025

C.H.BECK

Zitiervorschlag: Huber/Gerdes/Tabbara StAngR § … Rn. …

beck.de

ISBN 978 3 406 81522 5

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Im vergangenen Jahr haben 291.955 Ausländerinnen und Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. Dies ist gegenüber dem Vorjahr 2023 ein Anstieg um 46 %. Dieser Trend dürfte sich im laufenden Jahr 2025 fortsetzen. Einer der Gründe hierfür ist in der neuen Rechtslage zu sehen, die mit dem von der Ampel-Koalition verabschiedeten Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts vom 22.3.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 104) geschaffen worden ist und am 27.6.2024 in Kraft trat. Mit der nunmehr bestehenden Möglichkeit, im Falle einer Einbürgerung die bisherige ausländische Staatsangehörigkeit beibehalten zu können, dürfte ein zentrales Hindernis für einen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zur Seite geräumt worden sein. Auch die Verkürzung der Anwartschaftszeit von acht auf fünf Jahre und bei nachgewiesenen besonderen Integrationsleistungen gar auf drei Jahre („Turbo-Einbürgerung") wirkt motivierend, einen Einbürgerungantrag zu stellen. Daran wird auch der von der Bundesregierung in den Deutschen Bundestag eingebrachte „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes" vom 23.6.2025 (BT-Drs. 21/537) mit dem Ziel, die von § 10 Abs. 3 StAG geforderte kurze Voraufenthaltszeit von mindestens drei Jahren wieder zu streichen, keine signifikante Veränderung bewirken.

Das vorliegende Buch beinhaltet eine systematische Darstellung des geltenden Staatsangehörigkeitsrechts unter ausführlicher und ausdifferenzierter Einbeziehung der einschlägigen Rechtsprechung und Literatur. Handlungsleitend war für uns ein republikanisch-demokratisches Verständnis der Staatsangehörigkeit, das das Ziel verfolgt, eine Kongruenz zwischen den Inhabern demokratisch-politischer Rechte und den dauerhaft im Inland aufhältigen ausländischen Staatsangehörigen im Wege einer Einbürgerung herzustellen.

Ausführlich erörtert werden unter anderem die (hier verneinte) Notwendigkeit, die bisherige ausländische Staatsangehörigkeit einer antragstellenden Person zu klären, die vom Gesetz geforderten Bekenntnisse und Loyalitätserklärungen zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, der Ausschluss einer Einbürgerung aus Gründen der Geschlechtergerechtigkeit (Mehrehe, Missachtung der Gleichberechtigung von Mann und Frau) sowie die Gründe, die zum Verlust der Staatsangehörigkeit führen könnnen.

Ein besonderer Dank gilt der studentischen Hilfskraft Livia Veltri, die Tarik Tabbara bei Recherche und Korrekturlesen tatkräftig unterstützt hat. Schließlich danken wir Herrn Dr. Christian Rosner und Frau Christina Neuhaus vom Verlag C.H.Beck für die zügige redaktionelle und technische Realisierung dieses Projekts.

Frankfurt am Main und Berlin im August 2025

Bertold Huber Maria Gerdes Tarik Tabbara

Bearbeitendenverzeichnis (alphabetisch)

Gerdes: ..... § 1 IV; § 2 XIII; § 4
Huber: ..... § 2 I–III, V–VIII, X, XI, XIV; § 5
Tabbara: ..... § 1 I–III; § 2 IV, IX, XII; § 3

Inhaltsübersicht

Vorwort V
Bearbeitendenverzeichnis VII
Inhaltsverzeichnis XI
Abkürzungsverzeichnis XVII
Literaturverzeichnis (Auswahl) XIX

§ 1 Allgemeines 1
I. Kurze historische Übersicht 1
II. Konzepte von Staatsangehörigkeit, Staatsbürgerschaft und Unionsbürgerschaft 10
III. Rechtsquellen des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts 19
IV. Staatsangehörigkeit und Völkerrecht 21

§ 2 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach den Vorschriften des Staatsangehörigkeitsgesetzes 27
I. Erwerbstatbestände gem. § 3 Abs. 1 StAG 27
II. Ersitzung der deutschen Staatsangehörigkeit gem. § 3 Abs. 2 StAG 27
III. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt gem. § 4 StAG 28
IV. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung eines Kindes in Fällen von Geschlechterdiskriminierung (§ 5 StAG) 36
V. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Annahme als Kind gem. § 6 StAG 44
VI. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Flüchtlinge und Vertriebene gem. § 7 StAG 49
VII. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung gem. § 8 StAG 51
VIII. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung von Ehegatten oder Lebenspartnern Deutscher gem. § 9 StAG 72
IX. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Anspruchseinbürgerung (§ 10 StAG) 75
X. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung eines ehemaligen Deutschen gem. § 13 StAG 101
XI. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung eines nicht im Inland niedergelassenen Ausländers gem. § 14 StAG 102
XII. (Wieder-)Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung von durch NS-Verfolgungsmaßnahmen Betroffenen und deren Abkömmlingen (§ 15 StAG) 104
XIII. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung von Staatenlosen nach Art. 2 StaatenlMindÜbk-AG 112
XIV. Heimatlose Ausländer 116

§ 3 Ausschlusstatbestände, Auslandsaufenthalte 117
I. Ausschluss der Einbürgerung (§ 11 StAG) 117
II. Unbeachtliche strafrechtliche Verurteilungen (§§ 12a, 32b StAG) 126
III. Unbeachtliche Unterbrechungen des gewöhnlichen und rechtmäßigen Aufenthalts (§ 12b StAG) 129

§ 4 Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit 133
I. Verfassungsrechtliche Grenze, Art. 16 Abs. 1 GG 133
II. Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit gem. § 17 StAG 134
III. Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit durch Verzicht gem. § 26 StAG 137
IV. Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bei Wehrdienst in ausländischen Streitkräften oder bei der Beteiligung an Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung im Ausland, § 28 StAG 142

V. Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit durch Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts gem. § 35 StAG 150

§ 5 Verfahren und Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit 157
I. Einbürgerungsverfahren und Gebühren (§§ 16, 34, 37-38a StAG) 157
II. Klageverfahren 163
III. Beantragung und Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises nach § 30 StAG 164
IV. Datenerhebung und Einbürgerungsstatistik nach §§ 31 bis 33 und § 36 StAG . . 169

Sachverzeichnis 171

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Allgemeines 1
I. Kurze historische Übersicht 1
1. Intertemporaler Charakter des Staatsangehörigkeitsrechts 1
2. Wegmarken und Prägungen des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts 1
a) Entwicklung der Staatsangehörigkeit in den Einzelstaaten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts 1
b) Paulskirchenverfassung (1849), Norddeutscher Bund und Kaiserreich (1867/71–1918) 3
c) RuStAG 1913 und Weimarer Republik (1918–1933) 4
d) NS-Herrschaft (1933–1945) 5
e) Entwicklungen seit 1945 6
II. Konzepte von Staatsangehörigkeit, Staatsbürgerschaft und Unionsbürgerschaft 10
1. Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft 10
2. Divergierende Grundkonzeptionen der Staatsangehörigkeit 10
a) Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft 10
b) Rechtsnatur der Staatsangehörigkeit 10
c) Divergierende Konzeptionen der Staatsangehörigkeit 10
d) Kritik der Staatsangehörigkeit 14
e) Grundrecht auf Einbürgerung? 14
f) Unionsbürgerschaft 17
III. Rechtsquellen des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts 19
1. Völker- und Unionsrecht 19
2. Verfassungsrecht 19
3. Einfaches Gesetzesrecht 19
4. Rechtsverordnungen 20
5. Verwaltungsvorschriften, (Vorläufige) Anwendungshinweise des BMI 20
IV. Staatsangehörigkeit und Völkerrecht 21
1. Völkerrechtliche Funktionen von Staatsangehörigkeit 22
2. Völkerrechtliche Rahmenbedingungen 23
a) Erwerbsregelungen 23
b) Verlustregelungen 24

§ 2 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach den Vorschriften des Staatsangehörigkeitsgesetzes 27
I. Erwerbstatbestände gem. § 3 Abs. 1 StAG 27
II. Ersitzung der deutschen Staatsangehörigkeit gem. § 3 Abs. 2 StAG 27
III. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt gem. § 4 StAG 28
1. Erwerb durch Geburt gem. § 4 Abs. 1 S. 1 StAG 28
2. Erwerb durch Anerkennung oder Feststellung der Vaterschaft gem. § 4 Abs. 1 S. 2 StAG 29
3. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit eines Findelkindes gem. § 4 Abs. 2 StAG 30
4. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gem. § 4 Abs. 3 StAG (ius soli-Prinzip) 31
a) Mindestens fünfjähriger Aufenthalt 31
b) Rechtmäßiger Aufenthalt 31
c) Gewöhnlicher Aufenthalt 32
d) Unbefristetes Aufenthaltsrecht 33
e) Eintrag in das Geburtenregister 33
5. Kein Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit bei Auslandsaufenthalt gem. § 4 Abs. 4 S. 1 bis 3 StAG 34

6. Unbeachtlichkeit der Rechtsfolge nach § 4 Abs. 4 S. 1 StAG gem. Satz 4 34
7. Keine Geltung des § 4 Abs. 4 S. 1 StAG für bestimmte Abkömmlinge gem. Abs. 5 35
IV. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung eines Kindes in Fällen von Geschlechterdiskriminierung (§ 5 StAG) 36
1. Allgemeines und Hintergrund 36
2. Berechtigte 37
3. Ausschlussgründe 40
a) Sicherheitsrechtliche Ausschlussgründe (§ 5 Abs. 1 S. 1 letzter Hs StAG) . 41
b) Ausschluss wegen zwischenzeitlichem (Wieder-)Erwerb (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 StAG) 42
c) Beachtung des Generationenschnitts (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 StAG) 43
4. Erklärungsfrist (§ 5 Abs. 3 StAG) 43
5. Wirksamwerden der Erklärung und Ausstellung einer Urkunde 43
V. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Annahme als Kind gem. § 6 StAG 44
1. Minderjährigkeit 44
2. Maßgeblicher Zeitpunkt des Annahmeantrags 45
3. Wirksame Annahme als Kind 46
4. Erstreckungserwerb nach § 6 S. 2 StAG 49
VI. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Flüchtlinge und Vertriebene gem. § 7 StAG 49
1. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit kraft Gesetzes 49
2. Begriff des Spätaussiedlers 50
3. In den Aufnahmebescheid einbezogene Familienangehörige 50
VII. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung gem. § 8 StAG 51
1. § 8 (Ru)StAG als „Grundnorm“ des Einbürgerungsrechts 51
2. Tatbestandliche Voraussetzungen für eine Einbürgerung nach § 8 StAG 51
a) „Ausländer“ iSd § 8 Abs. 1 StAG 51
b) Rechtmäßiger Aufenthalt im Inland 52
c) Gewöhnlicher Aufenthalt im Inland 52
d) Antragserfordernis 54
e) Geklärte Identität und Staatsangehörigkeit 54
f) Klärung der Staatsangehörigkeit nicht mehr nötig 56
g) § 8 Abs. 1 Nr. 1 StAG: Handlungsfähigkeit oder gesetzliche Vertretung .. 57
h) § 8 Abs. 1 Nr. 2 StAG: Keine strafrechtliche Verurteilung oder Anordnung einer Maßnahme der Besserung und Sicherung 57
i) § 8 Abs. 1 Nr. 3 StAG: Wohnung oder Unterkommen 57
j) § 8 Abs. 1 Nr. 4 StAG: Sicherung des Lebensunterhalts 58
k) § 8 Abs. 2 StAG: Absehen von den Voraussetzungen des Abs. 1 Nr. 2 und 4 59
3. Ermessensausübung 61
a) Keine gesetzlichen Vorgaben 61
b) Öffentliches Interesse an der Einbürgerung 62
c) Berücksichtigung der Anspruchsvoraussetzungen und -ausschlussgründe der §§ 11 und 12 StAG 63
d) „Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“ kein Ermessenskriterium mehr 64
e) Deutschkenntnisse 64
f) Dauer des Inlandaufenthalts 66
g) Staatsbürgerliche Kenntnisse 67
h) Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, Loyalitätserklärung 67
i) Bekenntnis zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands ... 69
j) Besonderes öffentliches Interesse, ehemalige deutsche Staatsangehörige ... 69
k) Miteinbürgerung von Ehegatten, Lebenspartnern und Kindern 70
l) Völkerrechtliche Wohlwollensgebote 70
m) Vermeidung vom Mehrstaatigkeit kein Ermessenskriterium mehr 71
n) Gesichtspunkte der Entwicklungspolitik unbeachtlich 71

VIII. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung von Ehegatten oder Lebenspartnern Deutscher gem. § 9 StAG 72
1. Ehegatten oder Lebenspartnerin oder -partner 72
2. Erfüllen der Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 StAG 72
3. Rechtmäßiger gewöhnlicher Aufenthalt 73
4. Minderjährige Kinder 73
5. Entsprechende Anwendung von § 10 Abs. 4, 4a, 5 und 6 StAG 73
6. Ausschluss der Einbürgerung nach § 11 StAG 74
7. Einbürgerung nach Tod des Ehegatten oder Lebenspartners oder nach vollzogener Trennung gemäß § 9 Abs. 2 StAG 74
8. Subsidiäre Anwendung des § 8 StAG 75

IX. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Anspruchseinbürgerung (§ 10 StAG) 75
1. Historische Entwicklung und Systematik 75
2. Anspruchsvoraussetzungen 77
a) Antragstellung (§ 10 Abs. 1 S. 1) 77
b) Ausländer (§ 10 Abs. 1 S. 1) 77
c) Handlungsfähigkeit (§ 10 Abs. 1 S. 1) 77
d) Identitäts- und Staatsangehörigkeitsklärung (§ 10 Abs. 1 S. 1 StAG) 78
e) Erforderliche rechtmäßige und gewöhnliche Aufenthaltsdauer (§ 10 Abs. 1 S. 1 StAG) 78
f) Bekenntnisse und Loyalitätserklärung (zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung) (Abs. 1 S. 1 Nr. 1 und Nr. 1a, S. 2 und 3 StAG) 78
g) Erforderlicher Aufenthaltsrechtlicher Status (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 StAG) 87
h) Lebensunterhalt (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 StAG) 88
i) Straffreiheit (Abs. 1 S. 1 Nr. 5 StAG) 91
j) Ausreichende Deutschkenntnisse (Abs. 1 S. 1 Nr. 6) 92
k) Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie der Lebensverhältnisse in Deutschland (Abs. 1 S. 1 Nr. 7 StAG) 96
3. Miteinbürgerung von Familienangehörigen (§ 10 Abs. 2 StAG) 97
4. Verkürzung der erforderlichen Aufenthaltsdauer bei besonderen Integrationsleistungen (§ 10 Abs. 3 StAG) 100
5. Verordnungsermächtigung (§ 10 Abs. 7 StAG). 100

X. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung eines ehemaligen Deutschen gem. § 13 StAG 101
1. Ehemalige Deutsche und minderjährige Kinder 101
2. Gewöhnlicher Aufenthalt im Ausland 101
3. Geklärte Identität und Staatsangehörigkeit 102
4. Voraussetzungen des § 8 Abs. 1 Nr. 1 und 2 StAG 102
5. Ermessen 102

XI. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung eines nicht im Inland niedergelassenen Ausländers gem. § 14 StAG 102
1. Gewöhnlicher Aufenthalt im Ausland 103
2. Voraussetzungen des § 8 StAG 103
3. Bindungen an Deutschland 103
4. Ermessen 104
5. Einbürgerung ausländischer Ehegatten oder Lebenspartner nach § 14 S. 2 StAG 104

XII. (Wieder-)Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung von durch NS-Verfolgungsmaßnahmen Betroffenen und deren Abkömmlingen (§ 15 StAG) 104
1. Verfassungsrechtlicher Hintergrund: Staatsangehörigkeitserwerb nach Art. 116 Abs. 2 GG 105
2. Berechtigte 107
a) Zusammenhang mit NS-Verfolgung 107
b) NS-Verfolgte mit Verlust oder Aufgabe ihrer deutschen Staatsangehörigkeit (§ 15 S. 1 Nr. 1 StAG) 108
c) Vom gesetzlichen Staatsangehörigkeitserwerb Ausgeschlossene, insbesondere Sammeleinbürgerungen (§ 15 S. 1 Nr. 2 StAG) 108

d) Von Einbürgerungen Ausgeschlossene (§ 15 S. 1 Nr. 3 StAG) 109
e) Nicht-deutsche NS-Verfolgte mit Aufenthalt in Deutschland vor 1933 (§ 15 S. 1 Nr. 4 StAG) 110
f) Abkömmlinge 110
g) Weitere Anspruchsvoraussetzungen 111
3. Ausschlussgründe 111
a) Sicherheitsvorbehalte 111
b) Bereits wiedereingebürgerte Personen (§ 15 S. 2 und 3 StAG) 112
4. Antragstellung, feierliches Bekenntnis und Gebühr 112
XIII. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung von Staatenlosen nach Art. 2 StaatenlMindÜbk-AG 112
1. Staatenloser seit Geburt 114
2. Rechtmäßiger dauernder Aufenthalt 114
3. Rechtzeitige Antragsstellung und Ausschlusstatbestand 115
XIV. Heimatlose Ausländer 116

§ 3 Ausschlusstatbestände, Auslandsaufenthalte 117
I. Ausschluss der Einbürgerung (§ 11 StAG) 117
1. Sicherheitsvorbehalte 117
a) Verfolgung oder Unterstützung von gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder extremistischer Bestrebungen (§ 11 S. 1 Nr. 1 StAG) 118
b) Unrichtiges Bekenntnis (§ 11 S. 1 Nr. 1a StAG) 121
c) Vorliegen eines besonders schwerwiegenden Ausweisungsinteresses (§ 11 S. 1 Nr. 2 StAG) 122
2. Ausschlüsse aus Gründen der Geschlechtergerechtigkeit 122
a) Führen einer Mehrehe (§ 11 S. 1 Nr. 3 lit. a StAG) 123
b) Missachtung des Verfassungsgrundsatzes der Gleichberechtigung von Mann und Frau (§ 11 S. 1 Nr. 3 lit. b StAG) 123
II. Unbeachtliche strafrechtliche Verurteilungen (§§ 12a, 32b StAG) 126
1. Unbeachtliche strafrechtliche Sanktionen (§ 12a Abs. 1 StAG) 126
2. Aussetzung des Einbürgerungsverfahrens bei strafrechtlichen Ermittlungen (§ 12a Abs. 3 StAG) 128
3. Beachtlichkeit von Straftaten im Ausland (§ 12a Abs. 2 und 4 StAG) 128
III. Unbeachtliche Unterbrechungen des gewöhnlichen und rechtmäßigen Aufenthalts (§ 12b StAG) 129
1. Unterbrechung des gewöhnlichen Aufenthalts (§ 12b Abs. 1) 129
2. Anrechnung von Voraufenthaltszeiten (§ 12b Abs. 2 StAG) 130
3. Unterbrechungen der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts (§ 12b Abs 3 StAG) .. 131

§ 4 Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit 133
I. Verfassungsrechtliche Grenze, Art. 16 Abs. 1 GG 133
II. Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit gem. § 17 StAG 134
1. Rückwirkender Verlust der Staatsangehörigkeit eines Kindes 135
2. Unanwendbarkeit des Verlusts 137
III. Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit durch Verzicht gem. § 26 StAG ... 137
1. Tatbestandliche Voraussetzungen für den Verlust nach § 26 StAG 137
a) Besitz mehrerer Staatsangehörigkeiten, § 26 Abs. 1 S. 1 StAG 137
b) Verzichtserklärung: Form und Vertretungserfordernisse, § 26 Abs. 1 S. 2, Abs. 4 StAG 138
c) Verfahren bei Verzicht zum Zwecke des Erwerbs einer ausländischen Staatsangehörigkeit 138
d) Genehmigungsverfahren und Versagungsgründe, § 26 Abs. 2 StAG 139
2. Rechtsfolgen 140
3. Praktische Relevanz 141
IV. Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bei Wehrdienst in ausländischen Streitkräften oder bei der Beteiligung an Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung im Ausland, § 28 StAG 142
1. Eintritt in die Streitkräfte oder einen vergleichbaren bewaffneten Verband, § 28 Abs. 1 Nr. 1 StAG 142
a) Tatbestandliche Voraussetzungen des § 28 Abs. 1 Nr. 1 StAG 142

b) Nichtanwendbarkeit des Verlusttatbestands 144
c) Praktische Relevanz 144
2. Beteiligung an Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung, § 28 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3 StAG 145
a) Tatbestandliche Voraussetzungen des § 28 Abs. 1 Nr. 2 StAG 145
aa) Terroristische Vereinigungen 145
bb) Konkrete Beteiligung an Kampfhandlungen im Ausland 146
b) Nichtanwendbarkeit des Verlusttatbestands 146
c) Verwaltungsverfahrensrechtliche Voraussetzungen, § 28 Abs. 3 StAG 146
d) Praktische Relevanz 147
e) Verfassungs-, unions- und völkerrechtliche Bedenken des § 28 Abs. 1 Nr. 2 StAG 147
3. Rechtsfolgen 149
V. Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit durch Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts gem. § 35 StAG 150
1. Tatbestandliche Voraussetzungen für den Verlust nach § 35 StAG 151
a) Rechtswidrige Einbürgerung 151
b) Rücknahmegründe 151
c) Kausalität 153
d) Beweislast 153
e) Frist, § 35 Abs. 3 StAG 153
2. Ermessen 153
3. Rechtsfolgen 154
a) Ex-tunc Wirkung, § 35 Abs. 4, Abs. 6 StAG 154
b) Drittbetroffenheit, § 35 Abs. 5 StAG 154
c) Strafrechtliche- und aufenthaltsrechtliche Konsequenzen 155
d) Eintritt von Staatenlosigkeit, § 35 Abs. 2 StAG 155
4. Praktische Relevanz 156

§ 5 Verfahren und Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit 157
I. Einbürgerungsverfahren und Gebühren (§§ 16, 34, 37-38a StAG) 157
1. Antragserfordernis bei Einbürgerung 157
2. Sachlich zuständige Behörde 157
3. Örtlich zuständige Behörde 157
4. Handlungsfähigkeit 158
5. Mitwirkungspflicht der antragstellenden Person 158
6. Mitwirkungspflichten öffentlicher Stellen 159
7. Ersuchen an die Staatsanwaltschaft nach § 32b StAG 159
8. Anfrage an Verfassungsschutzbehörden gem. § 37 Abs. 2 StAG 160
9. Übermittlung personenbezogener Daten nach dem noch nicht in Kraft getretenen § 37 StAG nF 161
10. Einbürgerungsurkunde (§ 16 StAG) 161
11. Keine Ausstellung von Urkunden in elektronischer Form (§ 38a StAG) 162
12. Gebühren und Auslagen (38 StAG) 162
II. Klageverfahren 163
1. Verpflichtungsklage 163
2. Keine einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO 163
3. Untätigkeitsklage nach § 75 VwGO 163
4. Streitwert 164
III. Beantragung und Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises nach § 30 StAG 164
1. Bestehen oder Nichtbestehen der deutschen Staatsangehörigkeit (Abs. 1) 164
a) Berechtigtes Interesse an einer Feststellung (S. 1) 164
b) Verbindlichkeit der Feststellung (S. 2) 165
c) Feststellung von Amts wegen (S. 3) 165
d) Verhältnis zur Unionsbürgerschaft (S. 4 u. 5) 166
2. Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit (Abs. 2) 167
3. Ausweis bzw. Bescheinigung (Abs. 3) 167

4. Verfahrensrecht 168
a) Zuständige Behörde 168
b) Widerspruchsverfahren 168
c) Klageart 168
d) Maßgebliche Sach- und Rechtslage 168
e) Streitwert 168
IV. Datenerhebung und Einbürgerungsstatistik nach §§ 31 bis 33 und § 36 StAG . 169
1. Datenerhebung nach § 31 StAG 169
2. Mitwirkungspflicht öffentlicher Stellen nach § 32 StAG 169
3. Steuergeheimnis nach § 32a StAG 169
4. Datenübermittlung bei strafrechtlichere Verurteilung nach § 32b StAG 170
5. Register nach § 33 StAG 170
6. Einbürgerungsstatistik nach § 36 StAG 170

Sachverzeichnis 171